

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

Januar 2012

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Anja Wodrich

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 16. Januar bis 22. Januar 2012

Das Wichtigste in Kürze

Europäisches Parlament droht mit Klage gegen Fiskalpakt

In seiner am 18.01. mit großer Mehrheit (521: 124, bei 50 Enthaltungen) angenommenen Entscheidung bezweifelt das EP, dass ein solches zwischenstaatliches Abkommen notwendig ist. Die meisten der genannten Ziele ließen sich wirksamer im Rahmen der EU-Verträge umsetzen. Haushaltsdisziplin sei zwar die Voraussetzung für ein tragfähiges Wachstum, könne aber allein keinen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen. Das EP fordere aus diesem Grund nachdrücklich, dass in dem Abkommen neben Vorschlägen zu einem Tilgungsfonds, zu projektspezifischen Anleihen, zu einer im EU-Recht verankerten Finanztransaktionssteuer und, bei gleichzeitiger Gewährleistung der Haushaltsdisziplin, einem Fahrplan für Stabilitätsanleihen („Eurobonds“) die Verpflichtung der Vertragsparteien vorgesehen sein muss, Maßnahmen zur Förderung von mehr Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit zu treffen. Das EP behalte sich vor, alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, wenn Teile des endgültigen Abkommens nicht mit dem EU-Recht vereinbar sind.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120118IPR35602/html/Wirtschaftsunion-EU-Abgeordnete-schlagen-Alarm>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0002+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Martin Schulz neuer EP-Präsident – Wieland und Alvaro Vizepräsidenten

Die EU-Abgeordneten haben Martin Schulz (SPD) zum neuen Parlamentspräsidenten mit 387 Stimmen von 670 abgegebenen Stimmen gewählt. Erst im dritten Urnengang wurden alle 14 Vize-Präsidenten mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Deutsche Vize-Präsidenten sind Alexander Alvaro (Liberale) und Rainer Wieland (CDU). Der österreichische Abgeordnete Othmar Karas (ÖVP) wurde ebenfalls zum Vize-Präsident gewählt. Die fünf Quästoren wurden in geheimer Abstimmung gewählt. Die meisten Stimmen erhielt die luxemburgische EVP-Abgeordnete Astrid Lulling. Die Vizepräsidenten können den Präsidenten bei der Ausübung seiner Pflichten wie Leitung der Plenarsitzungen vertreten. Sie sind ebenso wie die Quästoren Mitglieder des Präsidiums des EP.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120113IPR35350/html/Martin-Schulz-ist-neuer-Pr%C3%A4sident-des-Europ%C3%A4ischen-Parlaments>
<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120117IPR35542/html/Europ%C3%A4isches-Parlament-hat-14-neue-Vize-Pr%C3%A4sidenten-und-5-neue-Qu%C3%A4storen>

2. Konferenz zum Start der Europäischen Bürgerinitiative am 26.01. in Brüssel

Die Bürger der EU können künftig mit Hilfe der neuen Europäischen Bürgerinitiative selbst Themen auf die Agenda der Europäischen Kommission setzen. Bei einer Auftaktkonferenz am 26.01. sollen die Details der am 1. April startenden Bürgerinitiative beraten werden. EU-Verwaltungskommissar Maroš Šefčovič wird weitere Einzelheiten außerdem in einer Pressekonferenz vorstellen. Die Konferenz wird auch [live im Internet](#) übertragen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/terminvorschau_de.htm

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Kroaten stimmen für EU-Beitritt

Nach einer vorläufigen Auszählung haben etwa zwei Drittel der kroatischen Wähler am 22.01. für den EU-Beitritt des Landes gestimmt. Ein Drittel war dagegen. Die Beteiligung an der Volksabstimmung lag jedoch unter 50%.

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/kroatien-wird-eu-land-mit-wenig-begeisterung/6097490.html>

2. Schlichtung in Grenzstreit zwischen Slowenien und Kroatien

Slowenien und Kroatien haben sich auf den Vorsitzenden und die beiden neutralen Beisitzer für das Schiedsgericht zur Schlichtung ihres Grenzkonflikts geeinigt. Die Kommission hatte entsprechend einer Vereinbarung beider Seiten eine Liste für die zu besetzenden Ämter vorgelegt. Vorsitzender ist der französische Völkerrechtler und frühere Präsident des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag Gilbert Guillaume (81). Neutrale Beisitzer sind der deutsche Völkerrechtler und amtierende Richter am IGH Bruno Simma (70) sowie der britische Völkerrechtler und Oxford-Professor Vaughan Lowe (59), ein Experte für internationale Streitschlichtung. Slowenien und Kroatien benennen noch je einen Beisitzer ihrer Wahl.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/25&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

b) Außenhandel

1. Leistungsbilanzdefizit der EU von 21,4 Mrd. Euro im dritten Quartal 2011

Nach den neuesten verfügbaren Daten verzeichnete die EU27 im dritten Quartal 2011 ein Leistungsbilanzdefizit³ von 21,4 Mrd. Euro, gegenüber einem Defizit von 22,3 Mrd. im dritten Quartal 2010. Im dritten Quartal 2011 wuchs das Defizit beim Saldo des Warenhandels (-35,1 Mrd. Euro gegenüber -31,0 Mrd.) und der laufenden Übertragungen (-16,7 Mrd. gegenüber -15,6 Mrd.) im Vergleich zum dritten Quartal 2010. Der Überschuss fiel bei der Einkommensbilanz (+0,6 Mrd. gegenüber +1,5 Mrd.), während diese bei der Dienstleistungsbilanz (+29,8 Mrd. gegenüber +22,8 Mrd.) stieg.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/12/11&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Abkommen mit Georgien zum Schutz geografischer Angaben

Das Europäische Parlament stimmte am 19.01. dem Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Georgien zum Schutz geografischer Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zu.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0004+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

Europäische Kommission verdoppelt humanitäre Hilfe in der Sahelzone

Als Reaktion auf die Nahrungsmittelkrise verdoppelt die Kommission ihre humanitäre Hilfe für die Sahelzone auf 95 Mio. EUR. Dies kündigte die für Krisenreaktion zuständige EU-Kommissarin Kristalina Georgieva bei ihrem Besuch am 17.01. in Niger und Tschad an.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/30&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/georgieva/index_en.htm

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Informationspaket zum aktiven Altern

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) in Dublin hat ein Informationspaket zum aktiven Altern herausgebracht. Darin werden die Auswirkungen der alternden Gesellschaft und Erwerbsbevölkerung untersucht und Entwicklungen auf europäischer, nationaler und Unternehmensebene dargestellt. Ein „Factsheet“ ist auch in deutscher Sprache erhältlich.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1167&furtherNews=yes>

http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef1166_de.htm

2. Studie zur aktiven Integration von Migranten

Die Studie "[Active inclusion of migrants](#)" befasst sich mit den wichtigsten Trends in der Situation der Migranten hinsichtlich sozialer Betreuung und Zugang zu sozialen Diensten in allen EU-Mitgliedstaaten. Die Durchführung oblag dem Bonner Institut „IZA - Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit“ und dem Dubliner Institut „The Economic and Social Research Institute“.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1160&furtherNews=yes>

<http://www.iza.org>

www.esri.ie

b) Gesundheit

Krankenschwester weiterhin auch ohne Abitur

Die Kommission stellte klar, dass der Vorschlag zur Anerkennung von Berufsabschlüssen nur bedeute, dass das Eingangsniveau für die Ausbildung von Klinik-Krankenpflegepersonal und Hebammen von einer zehnjährigen allgemeinen Schulbildung auf zwölf Schuljahre angehoben wird; Pflegepersonal in Altenheimen sei nicht erfasst. Falsch sei der Eindruck, die Kommission wolle ein Abitur als Voraussetzung für die Ausbildung zur Klinik-Krankenschwester vorschreiben und versperre damit Realschulabsolventen den Zugang zu diesem Beruf. Der Vorschlag lasse auch gleichwertige Lösungen zu und nehme gerade auf Deutschland mit seinem Bildungssystem und der dualen Berufsausbildung Rücksicht. In 24 der 27 EU-Staaten würden bereits jetzt 12 Jahre Schulausbildung gefordert und mit Österreich bald 25.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10405_de.htm

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

EP fordert Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung

Das Europäische Parlament forderte am 19.01. in einer nichtlegislativen Entschließung dazu auf, die Lebensmittelverschwendung in der EU bis 2025 um die Hälfte zu verringern und einkommensschwachen Haushalten den Zugang zu Lebensmitteln zu erleichtern. Die derzeitige Verschwendung in der EU betrage nach Angaben der Kommission: 89 Mio. t pro Jahr (179 kg pro Kopf); Prognose für 2020 (bei anhaltendem Trend): 126 Mio. t pro Jahr (40 % Zuwachs). 42 % davon würden in den Haushalten entsorgt, 39 % beim Hersteller, 5 % im Einzelhandel und 14 % in Bewirtungsbetrieben. Konsumenten müssten sich auch über den Unterschied zwischen qualitätsbezogenen Verbrauchsdaten ("mindestens haltbar bis" oder "best before") und aus Gesundheitsgründen angeführten Ablaufdaten im Klaren sein.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120118IPR35648/html/Parlament-will-Lebensmittelverschwendung-in-der-EU-stoppen>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0014+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

b) Landwirtschaft

1. EP fordert Stärkung der Marktposition von Landwirten

In seiner Entschließung vom 19. Januar 2012 zu den Ungleichgewichten in der Lebensmittelversorgungskette, fordert das Europäische Parlament die Kommission auf, das europäische Instrument zur Preisüberwachung zu verbessern. Vor allem aber fordert das EP die Kommission auf, die Frage der Anwendung von Wettbewerbsvorschriften in der Landwirtschaft zu klären, um den Landwirten und ihren Branchenverbänden Instrumente an die Hand zu geben, die es ihnen ermöglichen, ihre Verhandlungsposition zu verbessern. Das EP fordert eine Änderung des bestehenden Wettbewerbsrechts der EU, sodass die negativen Auswirkungen einer vertikalen Konzentration auf die gesamte Lebensmittelversorgungskette stärker berücksichtigt werden und Wettbewerbsverzerrungen nicht länger ausschließlich unter dem Aspekt der negativen Folgen für die Verbraucher betrachtet werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0012+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Fünfzig Jahre Europäische Agrarpolitik:

Diesen Geburtstag feierten der Kommissar Dacian Cioloș, und Bundesagrarministerin Ilse Aigner am 20.01. auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin. Eine EU-weite 50-Jahre-Kampagne wird am 23. 01. in Brüssel gestartet. Im Verlauf des Jahres 2012 ist eine Reihe von Veranstaltungen auf nationaler und europäischer Ebene geplant. Eine Wanderausstellung wird ab Frühling 2012 durch Europa reisen und in verschiedenen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten zu sehen sein.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10407_de.htm

c) Fischerei

Bekämpfung der wild wuchernden Algenmassen an europäischen Küsten

In der Erwägung, dass die gesamte europäische Küste (Ärmelkanal, Atlantik, Nordsee, Ostsee, Mittelmeer) darunter leidet, dass infolge der Eutrophierung der Küsten- oder Mündungsgewässer das Algenwachstum explosionsartig zunimmt, fordert das Europäische Parlament die Kommission in einer Erklärung auf, im Rahmen der Richtlinie 2006/60/EG und durch den Austausch bewährter Verfahren sowie durch die Zusammenarbeit der Betroffenen einen europäischen Aktionsplan auszuarbeiten, mit dem die Wucherung von Algenmassen bekämpft werden kann.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0015+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Erkki Liikanen Vorsitzender von hochrangiger Gruppe zur Bankenreform

Kommissar Barnier ernannte am 17.01. in Abstimmung mit Kommissionspräsident Barroso den finnischen Notenbankpräsidenten und früheren EU-Kommissar Erkki Liikanen zum Vorsitzenden einer hochrangigen Gruppe zur Reform des Bankensektors. Barnier und Liikanen werden nun-

mehr die weitere Besetzung der Gruppe vornehmen. Die Konstituierung ist für Februar geplant. Im Laufe des Sommers soll die Gruppe ihre Vorschläge dazu unterbreiten, ob zusätzlich zur laufenden Reform der Finanzmarkregulierung auch strukturelle Reformen der Banken zu mehr Stabilität und Verbraucherschutz beitragen können.

b) Steuern

Umweltsteuern sind ein Schlüssel für grüne Ökonomie

Die Europäische Umweltagentur hat am 07.01. zwei Berichte für eine reformierte Umweltbesteuerung in Europa vorgelegt. Die beiden Berichte zeigen, dass die Mitgliedsstaaten über die Einführung von Umweltsteuern und die zielgerichtete Rückführung der Einnahmen in die Wirtschaft gleichzeitig die Einkommensteuerlast reduzieren, Innovationen fördern und Umweltbelastungen vermindern könnten. Umweltsteuern sollten als Schlüsselement beim Übergang zu einer grünen Wirtschaft angesehen werden.

<http://www.eea.europa.eu/publications/environmental-tax-reform-in-europe>

<http://www.eea.europa.eu/publications/environmental-tax-reform-opportunities>

c) Wettbewerbsrecht

Kartellverfahren gegen französische Wasserversorger

Die Kommission hat eine kartellrechtliche Untersuchung gegen die französischen Unternehmen SAUR, Suez Environnement/Lyonnaise des Eaux und Veolia gemeinsam mit dem Geschäftsverband Fédération Professionnelle des Entreprises de l'Eau („FP2E“) eingeleitet. Die Erbringung dieser Dienstleistungen wird von lokalen Behörden an private Unternehmen ausgelagert. Im April 2010 hatte die Kommission unangekündigte kartellrechtliche Nachprüfungen in den Geschäftsräumen verschiedener in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserreinigung tätiger französischer Unternehmen durchgeführt. Im Rahmen dieser Prüfungen hatte die Kommission gegen Suez Environnement und die Tochtergesellschaft Lyonnaise des Eaux France (LDE) eine Geldbuße in Höhe von 8 Mio. EUR wegen Siegelbruch verhängt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/26&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/632&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. EU-Industrieproduktion geht um 1 % zurück

Die wirtschaftlichen Aussichten für die EU-Industrie haben sich verschlechtert. Dem am 19.01. von der Kommission veröffentlichten Bericht für Januar 2012 zufolge lag die Produktion in der verarbeitenden Industrie in den drei Monaten vor November 2011 etwa 1 % höher als im Jahr zuvor, allerdings auch 1 % unterhalb des in den drei Monaten zuvor verzeichneten Niveaus. Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe liegt immer noch 13 % über dem konjunkturellen Tiefstand von Anfang 2009 und etwa 9 % unter den Spitzenwerten von Anfang 2008. Höhere Produktionswerte wurden in den Bereichen Arzneimittel, sonstiger Fahrzeugbau, Getränke und Nahrungsmittel erzielt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/33&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Kleine und mittlere Unternehmen schaffen Arbeitsplätze

Aus einer am 16.01. von der Kommission vorgelegten Studie geht hervor, dass KMU zwischen 2008 und 2010 mit 85% tatsächlich neu geschaffener Arbeitsplätze die größte Beschäftigungsquote aufwiesen. Vor allem jüngere Unternehmen aus der Dienstleistungsbranche liegen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen vorn. Im Durchschnitt entstanden jährlich 1,1 Millionen neue Stellen. In der gewerblichen Wirtschaft führen Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten den Trend an. Die Studie beruht auf einer Ende 2010 durchgeführten Unternehmensbefragung, die die 27 EU-Mitgliedstaaten und zehn weitere Länder umfasst (Albanien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Israel, Kroatien, Liechtenstein, Montenegro, Norwegen, Serbien und die Türkei).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/20&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/11&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/index_en.htm

b) Energie

Gründung des Inselpakts als offizielle europäische Initiative

In der Erwägung, dass es auf Inseln erneuerbare Energien im Überfluss gibt beglückwünscht das Europäische Parlament in einer Erklärung die Gemeinden und abgelegenen Regionen zur Unterzeichnung des Pakts, mit dem sie die Zielmarke der Strategie EU 2020 übertreffen und die CO₂-Emissionen in ihren Gebieten um mindestens 20 % senken wollen. Das EP fordert eindringlich, dass Anreize geschaffen werden müssen, damit alle Inseln dem Pakt beitreten und sich an dem Inselnetzwerk beteiligen. Das EP hält es auch für dringend notwendig, die entsprechenden Finanzmittel für die praktische Umsetzung dieses Pakts bereitzustellen und sich dabei den „Covenant of Mayors“ (Konvent der Bürgermeister/innen), die Initiative „Smart Cities“ und andere vergleichbare EU-Initiativen zum Vorbild zu nehmen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0016+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

c) Währung und Finanzen

1. Verlust von AAA kein Schaden für Euro-Rettungsfonds EFSF

Nach dem Verlust der Bestnote für den Euro-Rettungsfonds bei Standard&Poor's, erklärte der Chef des EFSF, Klaus Regling, dass dadurch die Ausleihkapazität des Euro-Rettungsfonds in Höhe von 440 Mrd. EUR nicht gefährdet werde. Erregierte damit auf die am 16.01. erfolgte Herabstufung des Fonds um eine Stufe auf AA+. Standard&Poor's begründete dies mit dem Verlust des AAA-Ratings von Frankreich und Österreich am 13.01. Dadurch seien nicht mehr genügend Länder mit Toprating beteiligt.

<http://www.efsf.europa.eu/mediacentre/news/2012/2012-03-efsf-statement-following-standard--poors-decision-to-downgrade-its-long-term-rating.htm>

<http://www.standardandpoors.com/ratings/articles/en/us/?articleType=HTML&assetID=1245327337060>

2. EU behält Bestnote AAA – Ausblick negativ

Standard & Poor's (S&P) bestätigte am 20.01. die Top-Bonität "AAA" der EU für ihre Anleihen. Zwar stammten nach der Herabstufung von Frankreich und Österreich nur noch 33 statt 49% der Einnahmen der EU aus Ländern mit dem Rating AAA. Die EU könne die abnehmende Kreditwürdigkeit einzelner Länder jedoch ausgleichen. Da aber der Ausblick bei 16 der 27 Mitgliedstaaten negativ sei, sei auch der Ausblick für die EU insgesamt negativ.

<http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/eu>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

Kommission eröffnet Dialog mit dem Kosovo über visumfreie Einreise

Die EU-Kommissarin für Inneres, Cecilia Malmström, hat am 19.01. in Pristina den Dialog über die Liberalisierung der Visabestimmungen mit dem Kosovo eröffnet. Ziel ist es, die Visumpflicht für die Bürger des Kosovo aufzuheben, sofern ihre Regierung grundlegende Reformen u.a. in folgenden zentralen Bereichen erfolgreich umsetzt: Fälschungssicherheit von Reisedokumenten, Grenzschutz, Migrations- und Asylsteuerung, öffentliche Sicherheit und Ordnung (insbesondere Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption) und Grundrechtsfragen im Zusammenhang mit der Freizügigkeit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/32&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Inneres

Prioritäten des Ratsvorsitzes im Bereich Inneres

Für die dänische Ratspräsidentschaft vorrangig sind ein gemeinsames Europäisches Asylsystem, ein stärkeres und effektiveres Schengen-System, ein gemeinsames europäisches System für den Austausch von Fluggastinformationen und eine Stärkung der europäischen Katastrophenabwehrkapazitäten.

http://eu2012.dk/de/NewsList/januar/~/_media/16CE9F69FD5B45129BE258E4BE9650D3.ashx

VIII. Umwelt

1. Konsultation zu nachhaltigem Verbrauch und nachhaltiger Produktion

Unter Bezug auf den Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa und die Initiative für ein ressourcenschonendes Europa als Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020, erbittet die Kommission bis 03.04. Informationen, um gegebenenfalls neue EU-weite Maßnahmen zur Förderung von nachhaltigem Verbraucherverhalten und nachhaltigen Produktionsformen vorzuschlagen.

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/sustainable.htm>

http://ec.europa.eu/environment/eussd/escp_en.htm

2. Konsultation zu Emissionen von Schiffen

Die Kommission startete am 19.01. eine Online-Konsultation zu möglichen Maßnahmen zur Reduzierung von Klimagasemissionen von Schiffen. Beiträge werden bis 12. April erbeten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/19&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

IX. Verkehr

Einführung von SESAR erfordert zusätzliche Gemeinschaftsmittel

Die Kommission veröffentlichte am 22.12. eine Mitteilung zu SESAR, dem Technologie-Pfeiler des einheitlichen europäischen Luftraums. Ein großes Problem bei der Errichtung sei die Finanzierung einer zügigen Umsetzung. Die Ausrüstung der Flugzeuge erfordere 22 Mrd. EUR und die Bodenausrüstung 8 Mrd. EUR. Um Risiken aufzufangen und private Mittel zu mobilisieren, erfordere die SESAR-Umsetzung im Zeitraum 2014-2024 EU-Fördermittel in Höhe von schätzungsweise 3 Mrd. EUR. Die Fazilität „Connecting Europe“ umfasse auch EU-Fördermittel für die SESAR-Errichtung. Andere potenzielle Finanzierungsquellen gelte es zu sondieren – etwa Darlehen der Europäischen Investitionsbank, die Gebührenverordnung des Gemeinschaftsunternehmens SESAR und das Emissionshandelssystem.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0923:FIN:DE:HTML>

X. Medien und Informationsgesellschaft

Restriktionen im Internet behindern technischen Fortschritt

In einem Interview mit EurActiv wandte sich der bulgarische Europaabgeordnete Ivailo Kalfin (S&D) gegen Vorhaben wie den in den USA geplanten "Stop Online Piracy Act" (SOPA). Dies würde nur die Innovation behindern. Kalfin ist der Berichterstatter des EP zu kritischen Infrastrukturen.

<http://www.euractiv.com/infosociety/adopting-sopa-privacy-internet-analysis-510289>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

Konferenz zu 25 Jahre „Erasmus“ am 30./31. Januar in Brüssel

Seit 1987 haben über 3 Millionen Studenten und Mitarbeiter an dem europaweiten Austauschprogramm „Erasmus“ teilgenommen. 33 Staaten sind an dem Programm beteiligt, darunter die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Kroatien, Island, Liechtenstein, Norwegen, die Schweiz und die Türkei. Die Feierlichkeiten zum 25. Geburtstag des Programms wird EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou mit einer Pressekonferenz eröffnen, an der auch „Erasmus-Botschafter“ aller Länder teilnehmen. Die Pressekonferenz wird im [Internet übertragen](#).

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/terminvorschau_de.htm

XII. Sonstiges

Wechsel bei Generaldirektoren und Stellvertretern in der Kommission

Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Generaldirektors Dirk Ahner (DG Regio) wird Walter Deffaa (bisher GD Taxud), der wiederum von Heinz Zourek (bisher GD Industrie) ersetzt wird. Zourek folgt der bisherige stellvertretende Generaldirektor Daniel Calleja Crespo (selbe GD) nach. Neuer stellvertretender Generaldirektor in der GD Industrie wird der bisherige stellvertretende Generaldirektor der GD Informationsgesellschaft und Medien Antti Peltomäki.